

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

29. Sitzung

öffentlicher Teil

am Donnerstag, dem 16. Februar 2006, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Herlich Marie Todsén-Reese (CDU)

in Vertretung von Hans-Jörn Arp

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Olaf Schulze (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Entschuldigt fehlende Abgeordnete

Frank Sauter (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 47 f der Gemeindeordnung	4
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/537	
2. Bericht der Landesregierung zur Problematik der Zuwendung an das Frauenhaus Kiel im Zusammenhang mit einem Neubauvorhaben	5
3. Kommunalbericht 2005 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein	6
4. Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2006	7
Haushaltsführungserlass des Finanzministers Umdrucke 16/462 und 16/570	
Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 16/508	
5. Haushaltsvollzug im Jahre 2005	8
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/573	
6. Information/Kennntnisnahme	10
7. Verschiedenes	11
8. Zuschüsse an Unternehmen	
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdruck 16/590	
(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V.m. § 17 GeschO)	
(siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung, Seite 15)	

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 47 f der
Gemeindeordnung**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/537

(überwiesen am 27. Januar 2006 an den Sozialausschuss und an alle weiteren
Ausschüsse)

Die Beschlussfassung über den Antrag Drucksache 16/537 wird bis zur Beratung eines von Abg. Herdejürgen angekündigten Änderungsantrages im federführenden Sozialausschuss zurückgestellt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zur Problematik der Zuwendung an das Frauenhaus Kiel im Zusammenhang mit einem Neubauvorhaben

(auf Antrag der CDU-Fraktion)

M Wiegard berichtet, es sei vorgesehen, die dem Träger bisher als Mietkostenerstattung gewährten Zuwendungen künftig für Zins- und Tilgungsleistungen einzusetzen. Die bis zur Fertigstellung des Neubaus anfallenden Zinszahlungen seien nach den gesetzlichen Vorschriften allerdings nicht förderfähig. Die Berücksichtigung von Zinszahlungen werde nur durch eine entsprechende Änderung des Finanzausgleichsgesetzes möglich, das ab 2007 geändert werden solle. Jetzt gehe es darum, in den nächsten Wochen eine innerhalb der Landesregierung abgestimmte, pragmatische Übergangslösung auf den Weg zu bringen, über die das zuständige Bildungsministerium den Finanzausschuss zeitnah informieren werde.

Der Finanzausschuss unterstützt ausdrücklich das Vorhaben und die vom Finanzminister aufgezeigte pragmatische Vorgehensweise. Der Vorsitzende wird die Thematik erneut auf die Tagesordnung setzen, sobald ein entsprechendes Schreiben des Bildungsministeriums vorliegt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Kommunalbericht 2005 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein

Bevor der Finanzausschuss ein Votum zum Kommunalbericht ausspricht, soll der vom Innen- und Rechtsausschuss diskutierte und zur Kenntnis genommene Kommunalbericht am 20. April 2006 in der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ beraten werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2006

Haushaltsführungserlass des Finanzministers
Umdrucke 16/462 und 16/570

Antrag der Fraktion der FDP
Umdruck 16/508

Nachdem M Wiegard darlegt, dass die von der FDP-Fraktion im ersten Punkt beantragte quartalsweise Berichterstattung über die Rückforderung von Fördermitteln einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand nach sich zöge, verzichtet Abg. Dr. Garg auf diese Berichterstattung.

Einstimmig wird der FDP-Antrag Umdruck 16/508 mit Ausnahme des ersten Spiegelstriches - Rückforderung von Fördermitteln - angenommen und das Finanzministerium damit aufgefordert, über die in Umdruck 16/508 aufgeführten haushaltswirtschaftlichen Maßnahmen zu berichten.

Die Umdrucke 16/462 und 16/570 nimmt der Ausschuss zur Kenntnis. Er erwartet, dass ihn die Landesregierung über die in Umdruck 16/570 genannte Einsparung in Höhe von 570.000 € im Einzelplan 10 sowie die tatsächliche Höhe der zusätzlichen Ausgaben aufgrund der Weihnachtsbeihilfe an Heimbewohner spätestens bis zum 31. Mai 2006 informiert.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Haushaltsvollzug im Jahre 2005

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/573

M Wiegard führt aus, der Haushaltsabschluss 2005 sei zwar besser als befürchtet, aber auf keinen Fall ein Grund zur Entwarnung. Die eigenen Steuereinnahmen seien um 183 Millionen € gestiegen, beim Länderfinanzausgleich und bei den Bundesergänzungszuweisungen habe das Land aber 272 Millionen € verloren, sodass die Gesamtsteuereinnahmen im Saldo gegenüber 2004 um 19 Millionen € zurückgegangen seien. Der Anstieg der Nettoausgaben sei zu einem guten Teil auf haushaltssystematische Gründe zurückzuführen, nämlich zu zwei Dritteln auf die notwendigen Veränderungen der Sozialhilfeausgaben im Zusammenhang mit der Hartz-IV-Gesetzgebung. Wenngleich die Nettokreditaufnahme im Vergleich zur letzten Annahme um 130 Millionen € habe abgesenkt werden können, bleibe sie mit jährlich 1,5 Milliarden € dreimal so hoch wie die Verfassungsgrenze. Die Investitionen bewegten sich nach wie vor auf viel zu niedrigem Niveau. Die Landesregierung arbeite weiter an dem Spagat, die Einnahmesituation zu verbessern, die Ausgaben zu senken und die eigenfinanzierten Investitionen zu erhöhen.

Abg. Müller kritisiert, dass die Investitionsquote mit 8,1 % einen historischen Tiefstand erreicht habe und fragt nach den Ursachen für den geringen Mittelabfluss bei den investiven Ausgaben (Seite 7 der Vorlage). Er wundere sich, dass die globalen Minderausgaben bei den Beteiligungssofortprogrammen für Arbeitsplätze, Existenzgründungsprogrammen, Sondermaßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation und beim Vertretungsfonds zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls, also in politischen Schwerpunktbereichen, erwirtschaftet würden.

Abg. Koch macht darauf aufmerksam, dass die Steigerung der Nettoausgaben im Wesentlichen der Haushaltssystematik geschuldet sei, weil Mittel des Bundes in erheblicher Größenordnung an die Kommunen für Unterkunftskosten weitergereicht würden. Dass im Haushaltsjahr 2005 Ausgaben in hohem Umfang nicht hätten getätigt werden können, sei auf die von der rot-grünen Vorgängerregierung zu verantwortenden hohen globalen Minderausgaben zurückzuführen. Die Investitionen des Landes müssten deutlich gesteigert werden.

Abg. Dr. Garg kritisiert, dass aus dem Vertretungsfonds zur Vermeidung von Unterrichtsausfall im Rahmen des Haushaltsvollzuges 2005 eine Summe von 2,5 Millionen € eingespart worden sei.

Auf die Kritik von Abg. Müller erwidert M Wiegard, die neue Landesregierung habe die Einnahmeerwartungen drastisch nach unten korrigieren müssen. Die rot-grüne Vorgängerregierung habe insgesamt 5,8 Milliarden € Schulden gemacht und die Grenze der Kreditaufnahme nach Artikel 53 der Landesverfassung in den letzten Jahren immer deutlich überschritten. Die rot-grüne Landesregierung habe in keinem einzigen Jahr die Kosten für Personal, Verwaltung und Zinsen allein durch Steuereinnahmen einschließlich Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen decken können und die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr niemals zurückgeführt, insbesondere die Primärausgaben. Mit einer Gesamtverschuldung von 21,3 Milliarden € verzeichne Schleswig-Holstein nach dem Saarland die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer. Daher müssten in den nächsten Jahren tatsächlich ein harter Sparkurs gefahren, dringende Reformen auf Bundesebene realisiert und wirksame Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug umgesetzt werden.

RL Höck begründet Verzögerungen des Mittelabflusses beim Regionalprogramm mit den Zahlungsmodalitäten der EU. Das Beteiligungssofortprogramm für Arbeitsplätze sei umgesetzt worden; das Land habe bisher nur keine Ausfälle erstatten müssen.

Auf eine weitere Frage von Abg. Müller erwidert M Wiegard, weil das Land pleite sei, werde die Landesregierung zum ersten Mal die Primärausgaben Jahr für Jahr senken. Für neue Aufgaben werde nur Geld bereitgestellt, wenn mindestens in gleichem Umfang bestehende Aufgaben wegfielen.

Der Finanzausschuss bittet das Bildungsministerium, die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe in Einzelplan 07 näher zu erläutern. Er nimmt den Bericht des Finanzministers zum Haushaltsabschluss 2005 zur Kenntnis. In der übernächsten Sitzung will sich der Ausschuss mit dem vom Minister angekündigten Bericht zur Entwicklung der Steuereinnahmen befassen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/470 - Automatisierte Liegenschaftskarte

Umdruck 16/572 - Wohnmobilbesteuerung

Umdruck 16/574 - Freier-Elektronen-Laser im Röntgenbereich (XFEL)

Umdruck 16/579 - über- und außerplanmäßige Ausgaben IV/2005

Der Ausschuss nimmt die vorstehenden Umdrucke zur Kenntnis.

Zu Umdruck 16/470 - Kosten- und Zeitplanung für das DV-Projekt „**Automatisierte Liegenschaftskarte** - ALK“ - möchte der Ausschuss vom Innenministerium wissen, wem die Daten der ALK zugänglich gemacht werden und inwieweit künftig mit Einnahmen aus der Nutzung der ALK zu rechnen ist.

Zu Umdruck 16/572 - Auswirkungen der geplanten Änderung der **Wohnmobilbesteuerung** auf die Fahrzeughalter - teilt M Wiegard mit, die Bundesregierung habe eine Reihe von Bedenken gegen den Gesetzentwurf des Bundesrates vorgebracht. Er sagt zu, den Ausschuss in Sachen Wohnmobilbesteuerung auf dem Laufenden zu halten.

Zu Umdruck 16/574 - Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein zum europäischen **Röntgen-Laser XFEL** - möchte der Vorsitzende vom Wirtschaftsministerium wissen, welche Kosten durch die Verwaltungsvereinbarung auf das Land zukämen.

Zu Umdruck 16/579 - **über- und außerplanmäßige Ausgaben** und Verpflichtungsermächtigungen für das vierte Quartal des Haushaltsjahres 2005 - moniert P Dr. Altmann, dass ein Großteil der vom Finanzministerium bewilligten über- und außerplanmäßigen Ausgaben nicht gedeckt sei, und kündigt an, über diese Problematik in den Bemerkungen 2007 zu berichten. Besonders besorgniserregend sei die Entwicklung der Ausgaben in Einzelplan 09 bei den Gebühren und Auslagen der **Prozesskostenhilfe** und den sonstigen Auslagen in Rechtssachen. - Finanzausschuss, Finanzministerium und Rechnungshof sind sich einig, dass in diesem Bereich dringend kostendämpfende Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

M Wiegard informiert den Ausschuss darüber, dass das Land an den Käufer der jüngst veräußerten Liegenschaft Jerusalemsberg 7/8 in Lübeck, in der am Tag der Übergabe erhebliche Frostschäden festgestellt worden seien, einen Schadensausgleich in Höhe von 55.000 € zahlen müssen, der zulasten der Bauunterhaltungsmittel der Musikhochschule Lübeck als bisheriger Eigentümerin durchschlage.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer